

Protokoll

24. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität vom 22.04.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 22. Ausschusssitzung vom 18.02.2026
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Mobilitäts-Fonds: Entwurf Richtlinie 2026/774
4. Förderung Integrierte Quartierskonzepte Schulcampus Lüchow und Schulcampus Clenze (KfW432) 2026/783
5. Antrag der Gruppe SPD, Grüne, SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.04.2026: Berichterstattung des Fachdienstes Klimaschutz und Mobilität zu Klimaschutzmaßnahmen - Planung und Beschluss von Klimaschutzmaßnahmen für 2027 2026/780
6. Eilantrag der Gruppe SPD, Grüne, SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 10.04.2026: Ausfall EriXX Strecke Lüneburg-Dannenberg 2026/785
7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 7.1. Aktueller Stand der kreisweiten Ausschreibung für den Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur 2026/781
- 7.2. Abschluss NKI-Verbundprojekt „Neue Wege für neue Räder“ zum 31.12.2025; Projektzusammenfassung und Vorstellung der Monitoring-Ergebnisse 2026/782
- 7.3. Vertrag zur Nutzung einer Kompensationsmaßnahme in der Gemarkung Schaafhausen mit der Nieders. Landgesellschaft für den Ausbau der Kreisstraße 31 in Höhe von 69.198,86 €
Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung von zwei VW Caddy Kastenwagen 2026/721
- 7.4. Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung Zapfwellengenerator für die Notstromversorgung 2026/775
- 7.5. Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung Zapfwellengenerator für die Notstromversorgung 2026/776
- 7.6. Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung Tankwagen 2026/777
- 7.7. Vergabe Machbarkeitsstudie Jeetzeltalbahn 2026/699

Nicht öffentlicher Teil

8. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
9. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 18.02.2026
10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Beckmann, Uwe
KTA Carmienke, Christian
KTA Flöter, Anja
KTA Hillmer, Birgitta
KTA Klepper, Hermann-Dieter
KTA Siebolds, Reinhard
KTA Sperling, Udo
KTA Wiegrefe, Wolfgang
KTA Wiehler, Julie Vorsitzende

KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Hensel, Thorsten
beratendes Mitglied Busse, Michel
Dietrich, Uwe
Kählert, Hinrich
Ließ, Roland
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
Simon, Christopher
Conrad, Claudio
Dittmer, Franziska
Frahm, Sarah
Mannig, Anika
Roux, Juliane
Seifert, Tilmann

Es fehlen:

KTA Goebel, Dietmar
Beratendes Mitglied Szorec, Gregor
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria
Rzepa, Martin

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr
nichtöffentlicher Teil: 17:32 Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzende Wiehler begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 24. Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität, stellt die Beschlussfähigkeit fest und bittet um Genehmigung des Protokolls vom 18.02.2026. Es gibt keine Einwendungen zur Tagesordnung.

1. Genehmigung des Protokolls der 22. Ausschusssitzung vom 18.02.2026

Das Protokoll der 22. Ausschusssitzung wird einstimmig genehmigt.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

3. Mobilitäts-Fonds: Entwurf Richtlinie

2026/774

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP. Sie erinnert an die damalige Entscheidung, die von der Verwaltung und der LSE angedachte OnDemand-Lösung im Rahmen eines Landkreises eigenen CarSharing (gefördert über das Projekt „MobilPunkte“) zu kippen und betont, dass in diesem Zuge der Vorschlag eingebracht wurde, dass dezentrale, nachhaltige Lösungen aus der Bürgermitte (u.a. Bürgermobile) unterstützt werden sollen. Diese Angebote sollen, mit der finanziellen Unterstützung, das Mobilitätsangebot des Landkreises erweitern.

Frau Mannig berichtet, dass im Vorfeld mit den Verantwortlichen der Bürgermobile Gespräche geführt wurden und dabei der Wunsch geäußert wurde, dass 10.000 Euro bereitgestellt sollen um Reparaturen zu fördern und dass auch bereits getätigte Ausgaben nachträglich angemeldet werden könnten. Der Restbetrag solle für andere Mobilitätsinitiativen genutzt werden können.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob die Nachträglichkeit nur für 2026 gelte oder dauerhaft bestehen solle.

Frau Mannig bestätigt, dass ab 2027 zunächst Anträge gestellt werden müssen und die nachträgliche

Anmeldung nur für 2026 möglich sei. Sie erklärt, dass Anträge bis zu 100 % gefördert werden können, wenn die Kosten nicht aus eigenen Mitteln gedeckt werden können und dass dem Antragsentwurf beiliege.

Beratendes Mitglied Kahlert weist auf die Problematik der Definition „Gemeinnützigkeit“ hin.

Frau Mannig erklärt, dass der Punkt der Gemeinnützigkeit aus der Richtlinie zur Hilfe von Geflüchteten-Projekten übernommen wurde. Dabei sollen Initiativen wie Bürgermobile, ein Carsharing-Verein oder weitere Initiativen, die sich mit klimafreundlicher Mobilität beschäftigen gefördert werden.

Vorsitzende Wiehler schlägt stattdessen den Begriff „gemeinwohl orientiert“ vor. Der Begriff der „Gemeinnützigkeit“ sei hingegen schwer zu erfüllen und sei im Landkreis streng ausgelegt.

KTA Hensel begrüßt den Antrag als mit den Vorstellungen des Fachausschusses übereinstimmend. Die Bürgermobile oder Carsharing sollten dadurch unter anderem bei Reparaturkosten unterstützt werden können. Er schlägt vor, dass im Herbst geprüft werden solle, wie die bisherige Nachfrage gewesen sei.

KTA Klepper würdigt das Engagement.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob die Initiative selbst dem Mobilitätszweck dienen müsse oder ob ein allgemeiner Zweck ausreiche, und diskutiert die Formulierung „tätig“ versus „ansässig“ im Kontext der Bürgermobile. Sie empfiehlt den Begriff „ansässig“ zu verwenden, um Missverständnisse zu vermeiden.

Vorsitzende Wiehler beantragt schließlich die Abstimmung über die Richtlinie mit Änderungsvorschlägen.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Der Kreistag beschließt die vorgelegte Richtlinie und den dazugehörigen Antragsentwurf für den Mobilitäts-Fonds.

4. Förderung Integrierte Quartierskonzepte Schulcampus Lüchow und Schulcampus Clenze (KfW432)	2026/783
--	-----------------

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

Frau Roux führt ein, dass das KfW-Förderprogramm 432 „Energetische Stadtsanierung“ (KfW432) im Herbst 2025 wiederbelebt worden sei und stellt den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage dar. Die Verwaltung habe bereits Erfahrungen mit der Förderung gesammelt im Rahmen der Erstellung des integrierten Quartierskonzepts für das Schulzentrum in Dannenberg. Frau Roux gibt an, dass die Verwaltung die Einreichung von zwei Förderanträgen plane für die Erstellung von Quartierskonzepten für den Schulcampus Lüchow und den Schulcampus Clenze sowie die Förderung eines Sanierungsmanagements für die Umsetzung der in den Konzepten erarbeiteten Maßnahmen. Dieses Vorgehen sei im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für die Kreisverwaltung geplant und in der Maßnahme EG 5 „Erstellung von Energiekonzepten und individuellen Sanierungsfahrplänen für kreiseigene Liegenschaften“ festgeschrieben.

Mit der Neuauflage von KfW432 sei die Förderquote für finanzschwache Kommunen auf 90 % erhöht worden, wobei die Erstellung des Konzepts mit maximal 200.000 Euro für ein Jahr und das Sanierungsmanagement mit maximal 400.000 für einen Zeitraum von maximal fünf Jahren Euro förderfähig sei. Die Förderung sei beliebt, und der Fördertopf könne bereits im Sommer für das Jahr 2026 ausgeschöpft sein. Im Falle einer Bewilligung der Förderungen solle bereits in diesem Jahr eine Person für das Sanierungsmanagement eingestellt werden. Die Kosten für eine Konzepterstellung seien auf 62.000 Euro geschätzt, wobei ein Eigenanteil von 6.200 Euro anfiele. Die Besetzung der Personalstelle sei über eine Springerstelle oder nichtbesetzte Stellenanteile im Klimaschutzmanagement ggf. bereits im Quartal 4 in diesem Jahr möglich.

Vorsitzende Wiehler fragt nach der Definition einer Springerstelle, worauf **Frau Roux** antwortet, dass es sich um flexible Personalstellen handele, die über das Jahr eingesetzt werden könnten.

EKR Schermuly ergänzt, dass es sich um Vorratsstellen handele, die zur Verfügung stünden, wenn ein Bedarf bestünde. Im Haushalt stünden etwa 11 bis 12 derartiger Stellen zur Verfügung.

Herr Conrad begründet die Auswahl der Schulzentren Lüchow und Clenze, dass bei vielen Gebäuden der Heizungsaustausch anstünde (z.B. die BBS Lüchow als großer Komplex mit verschiedenen Gebäudealtern). Hier bestünde die Notwendigkeit, nachhaltige Heizungs- und Sanierungskonzepte zu planen – insbesondere bei Gebäuden mit hoher Heizlast. In Clenze laufe das Energiecontracting am 31. Mai 2028 aus, sodass im Jahr 2027 eine neue Heizungsanlage bzw. ein neues Wärmecontracting ausgeschrieben werden müsse.

Dazu wurde bereits ein Termin mit der Samtgemeinde gemacht, da auch Gebäude der Samtgemeinde über das Wärmenetz versorgt werden. Für den Bereich Clenze solle die Mobilität, sowie die Heizungsversorgung und die Aufnahme der KGS mit unterschiedlichen Baualtern mitbedacht werden. Die Aufstellung solle gemacht werden, um eine Entscheidung darüber treffen zu können, ob eine gebäudeweise Wärmeversorgung oder die weitere Nutzung des Wärmenetzes die sinnvollere Lösung sei. Ebenso sei es für Lüchow geplant zu untersuchen, wie die Wärmeversorgung am besten auszugestalten sei.

KTA Carmienke hebt hervor, dass es sinnvoll sei diese Untersuchungen zu machen. Fraglich sei für ihn jedoch, ob nicht das Gebäudemanagement für diese Aufgaben zuständig sei und darüber auch das Personal finanziert werden müsse. Zudem besteht die Frage, ob die Stellenanteile erst nach Förderzusage geschaffen werden.

Herr Conrad erklärt, dass das Gebäudemanagement für Gebäudeaufnahmen zuständig sei. Die Gebäude auf den beiden Schulzentren seien jedoch aufgrund der unterschiedlichen Bauabschnitte (u.a. 11 Bauabschnitte über 50 Jahre an der KGS Clenze) und den damit verbundenen unterschiedlichen Sanierungsstandards und Heizlasten sehr komplex. Um eine qualifizierte Entscheidung vorbereiten zu können sei externes Fachpersonal erforderlich – insbesondere in Anbetracht des vorhandenen Zeitraumes zur Erarbeitung und baulichen Umsetzung von Lösungen bis zum Ende des Wärmecontractings am Schulcampus Clenze. Gleiches gilt für den Schulcampus Lüchow.

KTA Carmienke konstatiert, dass die Leistungen des Gebäudemanagements – auch im Verhältnis zum Aufwand – noch einmal genauer zu betrachten seien.

Frau Dittmer betont, dass der Hauptfokus in der Gebäude- und Wärmeversorgung liege. Des Weiteren stünde die Mobilität im Fokus - u.a. die Untersuchung eines PV-Ausbaus am Standort der Bushaltestelle, sowie der Untersuchung von Lademöglichkeiten für Busse. Der dritte Fokus sei die Klimaanpassung, die mit Zunahme der Hitzeperioden betrachtet werden müsse. Das Konzept integriert die Sektorkopplung (Gebäude, Mobilität, Energieerzeugung) und betrachtet das Thema Klimaanpassung. Die Steuerung der Prozesse sei sehr aufwendig, sodass es nicht im erforderlichen Umfang vom Gebäudemanagement geleistet werden könne und die Schaffung eines Sanierungsmanagements im Rahmen der Förderung daher als sinnvoll erachtet werde. Herr Conrad sei im Rahmen seines Förderprojektes für seine Aufgabenpakete zuständig und könne darüber hinaus diese Aufgaben, die eine eigene Stelle umfassen würden, nicht leisten.

KTA Carmienke geht darauf ein und schlägt vor, die Verträge mit dem Gebäudemanagement zu eruieren, um Einblick in die darin festgeschriebenen Aufgaben zu erhalten.

KTA Beckmann erwähnt, dass er im Aufsichtsrat des Gebäudemanagements sitze und kritisiert, dass das Gebäudemanagement in diesem Zusammenhang nicht ausreichend erwähnt werde. Das Gebäudemanagement sei derzeit dabei nicht ausreichend in die Abstimmung der Sitzungsvorlage einbezogen worden.

Frau Dittmer erklärt, dass ein regelmäßiger Austausch mit dem Gebäudemanagement stattfinde und Herr Schrodts sowohl im Zuge der Abstimmung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes, als auch bei der Sitzung des Steuerungskreises treibhausgasneutrale Verwaltung im April 2026 beteiligt worden sei. Zudem sei das Gebäudemanagement nicht als finanzschwache Kommune antragsberechtigt. Die Zusammenarbeit solle wie im NKI-Projekt zum Energiemanagement in enger Abstimmung mit dem Gebäudemanagement erfolgen, aber an die Kreisverwaltung andockt werden, damit es besser gesteuert werden könne.

KTA Wiehler fragt, ob eine Stelle beim Gebäudemanagement nicht die 90%-Förderung bekommen würde.

Herr Conrad bestätigt dies und stellt dar, dass er aus diesem Grund Angestellter des Landkreises ist.

KTA Hensel findet es wichtig, dass der Antrag für das Förderprogramm gestellt werde, da das Gebäudemanagement dies nicht so nebenbei mit bearbeiten könne und stellt die Frage, was die anschließenden Prozesse im Hinblick auf den Bau seien und ob dafür ebenfalls Fördermittel zur Verfügung stehen werden?

Frau Dittmer antwortet, dass die KfW-Förderung für Sanierungen nochmals aufgestockt wurde. Vom Land Niedersachsen werde ebenso eine Förderung kommen. Um für kommende Förderprogramme eine gute Grundlage zu haben, sei die konzeptionelle Arbeit notwendig.

KTA Carmienke verweist auf das Sondervermögen und stellt in Aussicht, dass hier im September die Ausführungsgesetzgebung diskutiert werde.

KTA Wiegrefe fragt, ob die 400.000 Euro Förderung vollständig für die Personalstelle genutzt würden und kritisiert die Haushaltsbelastung.

Frau Roux erläutert, dass die integrierten Quartierskonzepte zunächst erstellt würden. Darin würden Maßnahmen für die jeweiligen Quartiere entwickelt. Die Personalstelle im Sanierungsmanagement wäre über fünf Jahre dafür zuständig die Umsetzung der Maßnahmen in den beiden Schulzentren voranzutreiben.

Herr Conrad verweist darauf, dass es sich um von 400.000 Euro über fünf Jahre handele und eine Förderquote von 90 % bestehe.

Vorsitzende Wiehler fragt nach Zahlen, da im Energiebericht aus dem Quartierskonzept für Dannenberg auch Einsparungen beim CO₂ und Energiekosten ersichtlich wurden, die aus dem Konzept resultiert sind. Diese Einsparungen könne man gegen die Kosten gegenrechnen.

Frau Dittmer antwortet, dass in Dannenberg die Förderkulisse anders aufgesetzt gewesen sei, sodass erst eine Förderung für das Quartierskonzept da war und dann erst im Nachgang den Antrag für das Sanierungsmanagement hätte beantragt werden können. Da das Programm jedoch auf Bundesebene kurzfristig ausgesetzt worden sei, sei kein Förderantrag für das Sanierungsmanagement gestellt worden. Alle Maßnahmen, sind soweit es ging in die Planung des Gebäudemanagements mit eingeflossen. Der Masterplan von Herrn Pohlmann werde schrittweise umgesetzt. Solche Konzepte dienen eben auch der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen und beinhalten zum Teil eben auch eine fachspezifische Ingenieursleistung, die durch das vorhandene Personal nicht geleistet werden könne. Auf dieser konzeptionellen Grundlage sollen dann Empfehlungen für bauliche Maßnahmen entwickelt werden.

Beratendes Mitglied Busse hebt hervor, dass das Projekt sinnvoll und durch die hohen Förderquoten finanziell attraktiv sei.

Vorsitzende Wiehler fragt, was passieren würde, wenn die Stelle nicht besetzt werden könne.

Frau Dittmer ergänzt, dass eine externe Besetzung der Stelle möglich sei.

Vorsitzende Wiehler schließt die Diskussion ab und ruft zur Abstimmung des Antrags auf, der die Springerstellen-Variante vorsehe.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 3

Der Kreistag beauftragt das Klimaschutzmanagement, zwei Förderanträge für die Erstellung integrierter Quartierskonzepte und die Einrichtung eines Sanierungsmanagements für die energetische Sanierung des Schulcampus Lüchow sowie des Schulcampus Clenze bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau über das Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ (KfW432) zu stellen. Im Falle einer Förderzusage soll der Projektbeginn so früh wie möglich noch in diesem Jahr erfolgen. Die Besetzung einer VZÄ für das Sanierungsmanagement ab Q4/2026 soll übergangsweise über eine Springerstelle abgedeckt werden. Der Gesamtfinanzierungsplan für die Projekte wird in die Haushaltsplanung ab 2027 aufgenommen.

5. Antrag der Gruppe SPD, Grüne, SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.04.2026: Berichterstattung des Fachdienstes Klimaschutz und Mobilität zu Klimaschutzmaßnahmen - Planung und Beschluss von Klimaschutzmaßnahmen für 2027	2026/780
---	-----------------

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

KTA Klepper fordert eine klare Auflösung der aktuell laufenden Tätigkeiten. Sein Ziel sei es, Raum für zentrale Maßnahmen im Klimaschutz zu schaffen und dass die Mitglieder des Fachausschusses bei den Maßnahmen eingebunden werde. Er plädiert dafür, dass wesentliche Punkte, die für den Klimaschutz zentral sind, am Ende des Jahres und im Hinblick auf den Haushalt des Folgejahres und weitere Planungen intensiv diskutiert werden und ein Austausch stattfinden sollte.

KTA Carmienieke weist darauf hin, dass der Ausschuss bereits regelmäßig Berichte über geplante Maßnahmen erhalte. So wurde nach Empfehlung des Fachausschusses der Klimaschutzplan derzeit überarbeitet und die Maßnahmen, die vereinbart wurden, festgelegt. Die Umsetzung beschlossener Maßnahmen müsse beobachtet werden, um Erfolge oder Defizite zu erkennen. Diese Evaluation sei beim Masterplan nicht ausreichend gemacht worden. Er kritisiert, dass der letzte Satz der Beschlussempfehlung suggeriere, keine Beschlüsse zu fassen, was unzutreffend sei.

KTA Klepper betont erneut, dass es nicht um Einzelmaßnahmen gehe, sondern um einen Austausch

innerhalb der Ausschusssitzung, in der die Arbeit des Klimaschutzteams transparent gemacht werde.

Vorsitzende Wiehler erwidert, dass der Hinweis, dass dies von einer Beschlussautomatisierung zu entkoppeln nicht verkehrt sei. Sie plädiert für eine regelmäßige Berichterstattung, etwa ein TOP im Fachausschuss des letzten Quartals, in der Maßnahmen des laufenden Jahres zusammengefasst und Planungen für das Folgejahr vorgestellt würden. Sie betont, dass klimaschutzrelevante Tätigkeiten außerhalb des Klimaschutzplans, wie im Abfallausschuss besprochenes, nicht übersehen werden dürften. Hierin würden auch die klimaschutzrelevanten Themen fallen, die außerhalb des KliMos laufen würden.

KTA Klepper betont, dass ihm der Austausch wichtig sei und der Fachausschuss enger eingebunden werden solle.

StL Simon weist auf darauf hin, dass es nicht den Klimaschutz gebe. Es gebe zwei Konzepte: Einerseits das kreisweite Klimaschutzkonzept, das noch einmal gemeinsam überarbeitet werde und in diesem Zuge auch ein Monitoring- und Berichtsmechanismus festgelegt werde würde. Andererseits gebe es das vom Kreistag beschlossene Klimaschutzkonzept für die Kreisverwaltung, inklusive des festgelegten regelmäßigen Monitorings im Rahmen des Energieberichts.

Vorsitzende Wiehler betont, dass die Berichterstattung nicht nur eine Liste von abgehakten Maßnahmen sein dürfe, sondern eine regelmäßige Überprüfung erfordere.

KTA Hensel stellt dar, dass bereits ein Austausch und eine Berichterstattung stattfinde. Herausfordernd sei jedoch die zeitliche Belastung des Ausschusses, der oft mehrere Stunden dauere und die mobilitätsbezogenen Themen schon sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würden. In der letzten Ausschusssitzung des Jahres werde zudem der Haushalt beraten. Er schlägt öffentliche Veranstaltungen vor, um Klimaschutzthemen der Bevölkerung zugänglich zu machen oder eine extra Ausschusstermin zu planen, da ein solch umfangreicher Austausch nicht in den normalen Sitzungen leistbar sei.

KTA Klepper betont, dass wichtige umgesetzte und geplante Maßnahmen die den Klimaschutz betreffen vorgestellt würden und es nicht um jede einzelne Maßnahme gehe, sondern um einzelne ausgewählte Maßnahmen gehe, sodass der zeitliche Rahmen auch eingehalten werden könne.

Vorsitzende Wiehler verweist in diesem Zusammenhang auf die Evaluation der Masterplanmaßnahmen ab 2017, die derzeit erstellt und im Rahmen der geplanten Arbeitsgruppe diskutiert werden solle. Der Klimaschutz würde hinter den tagesaktuellen Mobilitätsthemen oft hintenanstehen. Daher sei eine regelmäßige Berichterstattung im letzten Quartal des Jahres mit gezielter Schwerpunktsetzung sinnvoll.

Beratendes Mitglied Busse weist auf die mögliche Überfrachtung der Ausschusssitzungen hin. Aus seiner Sicht müsse daher die Beschlussempfehlung dementsprechend überdacht werden.

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, dass im Vorfeld Wünsche über die Schwerpunkte der Berichterstattung an die Verwaltung herangetragen werden sollen, da jedes Ausschussmitglied unterschiedliche Punkte als wichtig empfinde. Zudem solle der letzte Satz in der Beschlussempfehlung aus ihrer Sicht gestrichen werden.

KTA Carmienieke betont, dass sich der Beschluss auf die kommenden Jahre beziehen müsse, um einen jährlichen Automatismus zu gewährleisten. Der letzte Satz solle gestrichen werden.

StL Simon erläutert, dass die Pflichtenaufgaben des Klimaschutzteams mit 2,5 Stellenanteilen begrenzt seien und zusätzliche Personalressourcen erforderlich seien, um Monitoring und Reporting für freiwillige Maßnahmen zu ermöglichen.

Vorsitzende Wiehler schlägt vor, die Beschlussempfehlung so zu ändern, dass sie für künftige Jahre gelte und den letzten Satz streiche, um Inkonsistenzen zu vermeiden.

geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Der Fachdienst Klimaschutz und Mobilität berichtet jeweils im letzten Ausschuss eines Jahres über die in diesem Jahr getroffenen Maßnahmen zum Klimaschutz und informiert über Klimaschutzmaßnahmen für das jeweilige Folgejahr.

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

StL Simon berichtet, dass ein intensiver Austausch mit der LNVG stattgefunden habe, da die Bauarbeiten zwischen Berlin und Hamburg zu Verzögerungen führten. Die Qualitätsinitiative zwischen Hannover und Hamburg sei aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten nicht reibungslos umsetzbar gewesen. Die Schienen-Ersatzverkehr (SEV)-Pläne seien bis vor zwei Wochen nicht abschließend festgelegt worden. Die Fahrradmitnahme im SEV sei durch die Verträge der DB InfraGo ausgeschlossen. Die LNVG habe angekündigt, an Feiertagen, Brückentagen und Wochenenden zusätzliche Expressbusse anzubieten, jedoch müsse dies aufgrund der Straßensperrung auf der B 216 noch überprüft werden. Alternativen wie Fahrradanhänger bei der LSE, IRRO oder KVG seien geprüft worden, wobei die KVG ein Angebot für zusätzlichen Verkehr mit Fahrradanhängern für 24.300 Euro netto abgegeben habe. Die VNO unterstützte die Planung.

KTA Hensel bestätigt die Notwendigkeit des Eilantrags und betont die Schwierigkeiten im Bahnverkehr aufgrund von Baustellen und Wartungsarbeiten. Der Expressbus sei die beste Lösung, um Fahrräder zu transportieren. Die Kosten für Fahrradanhänger seien kalkulierbar und schlägt vor, dass der Betrag aus dem LSE-Budget gedeckt werden.

KTA Beckmann fragt nach der Begründung, warum der Zug nicht bis Wendisch-Evern fahren könne und wie häufig eine Wartung des Zuges notwendig sei.

KTA Carmienieke kritisiert die Kurzfristigkeit und die mangelnde Kommunikation durch Erixx und die DB und fragt, ob der Zug an Kerntagen trotz Wartungsarbeiten fahren könne.

KTA Hensel erläutert die technischen Einschränkungen der Bahnstrecke, insbesondere die fehlende Signalisierung an Haltepunkten wie Wendisch-Evern, die eine Wende des Zuges verhindere. Zudem müsse der Zug täglich betankt werden, was nur in Lüneburg möglich sei. Die Verkehrssituation sei aufgrund der Deutschen Bahn nicht veränderbar. Er betont die Notwendigkeit des Fahrradverkehrs für Touristen und Einwohner, um einen Imageschaden zu vermeiden.

StL Simon gibt die Rückmeldung aus Gesprächen zwischen der VNO und der LNVG wieder, dass die Problematik darin bestehe, dass Wendisch-Evern kein Bahnhof, sondern lediglich ein Haltepunkt sei, an welchem Züge nicht wenden dürfen. Die DB InfraGo habe die Überlegungen zur Anbindung an Dahlenburg verworfen, da der Zug in den Inselbetrieb zur Werkstatt müsse.

KTA Flöter fragt, ob es Anhaltspunkte dazu gebe, wie viele Menschen den Ersatzverkehr mit Fahrradmitnahme nutzen würden. Ein Schwerpunkt zur KLP sei auch die Reduzierung von PKW.

Vorsitzende Wiehler antwortet, dass es sehr viele Fahrradtouristen gebe, die zum Teil nicht kommen würden, sollte es keine Anfahrtsmöglichkeit ohne PKW geben.

KTA Hensel ergänzt, dass zu KLP-Zeiten doppelte Züge eingesetzt würden und dass in jedem Zug mindestens 30-40 Fahrrädern standen und weist auf die langfristigen Folgen hin, sollte es nicht möglich sein ohne PKW mit dem Fahrrad in den Landkreis zu gelangen.

Vorsitzende Wiehler fügt hinzu, dass die Kommunikation des Angebots gesichert sein müsse und ob Gebühren für die Nutzung des SEV mit Fahrradtransport genommen werden könnten, sodass ein Teil der Kosten refinanziert würden.

EKR Schermuly antwortet, dass es bereits Gespräche mit der Pressestelle gebe, sodass eine Pressemitteilung zur Erreichbarkeit des Landreises zur KLP entworfen werde. Darin sollen auch die Straßenumleitungen durch die Sanierungen der Kreisverkehre Plate und Richtung Woltersdorf thematisiert werden.

Vorsitzende Wiehler bedankt sich für das Engagement und spricht sich dafür aus, bei dem Antrag zu bleiben und verweist auf die Entscheidung im kommenden Kreistag.

StL Simon sagt, dass das Angebot der KVG geprüft werde und mögliche Einnahmen betrachtet werden.

KTA Hensel schlägt vor, den Expressbus zeitgleich mit dem Direktbus zu fahren, um Reisende abzuholen.

Vorsitzende Wiehler ruft zur Empfehlung des Antrags auf.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Zeitraum, in welchem der EriXX die Strecke Lüneburg-

Dannenberg nicht bedient, insbesondere für den Zeitraum der KLP, geeignete Angebote für den Fahrradtransport auf dieser Strecke bereitzustellen.

7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

7.1. Aktueller Stand der kreisweiten Ausschreibung für den Aufbau und Betrieb von Ladeinfrastruktur 2026/781

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

Frau Mannig resümiert, dass die ursprüngliche Ausschreibung keinen erfolgreichen Teilnahmeantrag erhalten habe, der alle Kriterien erfüllt habe. Nach der Aufhebung der Ausschreibung seien Gespräche mit Unternehmen geführt worden, die die Unterlagen heruntergeladen hatten. Daraus seien drei Anpassungen abgeleitet worden: Anpassungen bei Versicherungssummen und Eigenkapitalquote, Flexibilisierung der Standorte (GEIG-Standorte wurden aus der Verpflichtung entlassen) sowie die Ablehnung von Sondernutzungsgebühren. Die neue Ausschreibung werde nun mit der Vorgabe formuliert, dass 100 Prozent der Suchräume (Gemeinden) mit Ladeinfrastruktur bestückt werden müssten (Ergänzung: wenn es laut Standort-Tool einen Ladebedarf von mehr als 22 kW gibt), wobei die Unternehmen die Standorte selbst auswählen könnten. Die Wunschliste mit den GEIG-Standorten werde aber trotzdem mitgegeben. Zudem seien weitere Gemeinden (Zernien, Küsten) in den Suchraum aufgenommen worden. Die Samtgemeinde Gartow, die Samtgemeinde Lüchow, mit Ausnahme von Lübbow und die Elbtalaue mit Damnitz, Zernien. Ein Gespräch mit Hitzacker stehe noch aus. Ziel sei es, Ende Mai eine zweite Ausschreibung zu veröffentlichen und auf Grundlage der Anpassungen Unternehmen zu gewinnen.

KTA Carmienieke fragt, wie viele Unternehmen kontaktiert worden seien.

Frau Mannig antwortet, dass ungefähr 20-Mal die Ausschreibungsdokumente heruntergeladen worden seien, wobei nicht alle Unternehmen seien (auch Landkreise hätten sich informiert). Insgesamt seien Gespräche mit acht bis zehn Unternehmen geführt worden, darunter auch solche, die Bedingungen vorgeschlagen hätten, die der Landkreis nicht akzeptiert habe.

Beratendes Mitglied Busse fragt nach der Vorgabe von 100 % der Suchräume.

Frau Mannig erläutert, dass diese Regelung im Gespräch mit Juristinnen und Juristen von BBH angepasst worden sei, um Konflikte zwischen Gemeinden und der Verpflichtung zur Standortnutzung zu vermeiden.

Vorsitzende Wiehler weist auf Kommunikationsprobleme zwischen Verwaltung und Gemeinden hin, insbesondere in Hitzacker. Sie betont, dass die Kommunikation über den Stadtdirektor stattfinden müsse, nicht über die Bürgermeisterdienstversammlung. Zudem befürchtet sie, dass die Herausnahme der GEIG-Standorte zu rechtlichen Unklarheiten führe, da Gemeinden verpflichtet seien, Standorte zu bedienen, die sie nicht nutzen könnten.

Frau Mannig bestätigt, dass Ausnahmen vom Exklusivrecht bestünden, etwa für bestehende Infrastruktur oder gesetzliche Verpflichtungen.

Vorsitzende Wiehler fragt, ob das Exklusivrecht für Ladestationen in Hitzacker auch gelte, wenn die Gemeinde eine Fläche präferiert, da diese gekauft wurde und eine Kooperation mit dem Nachbargebäude eingegangen wird, da dort beispielsweise eine PV-Anlage errichtet und die Ladestation auf dem angrenzenden liegenden Parkplatz stehe aber den ausgewählten Parkplatz bediene.

Frau Mannig erklärt, dass das Exklusivrecht nur für den öffentlichen Raum gelte. Private oder vereinsbasierte Ladeinfrastruktur sei davon ausgenommen. Zudem seien Ausnahmen für Modellvorhaben oder neue Technologien vorgesehen.

Vorsitzende Wiehler fragt nach Widerspruchsmöglichkeiten in Verkehrsentwicklungsplänen.

Frau Mannig betont, dass Gemeinden den ausgewählten Standort genehmigen müssten, aber nicht alle Standorte ablehnen sollten.

Kenntnis genommen

Vorsitzende Wiehler eröffnet den TOP.

Herr Seifert präsentiert die Ergebnisse des abgeschlossenen Projekts "Neue Wege für neue Räder". Das Projekt umfasste fünf Teilprojekte, darunter Velorouten, Radabstellanlagen an Schulen, Fahrradboxen, Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit, finanziert durch 4,4 Millionen Euro Förderung.

KTA Carmienieke fragt, wie hoch die Kosten für die Velorouten waren.

Herr Seifert antwortet, dass 1,4 Millionen Euro von der Samtgemeinde Lüchow und etwa 800.000 Euro von der Samtgemeinde Elbtalaue übernommen wurden.

Frau Dittmer ergänzt, dass eine dritte Veloroute nicht realisiert werden konnte, sodass die 4,4 Millionen Euro nicht ausgeschöpft wurden.

Herr Seifert fügt hinzu, dass aufgrund planerischer Schwierigkeiten und fehlender Mittelverschiebung aus dem Klima-Transformationsfonds die Veloroute zwischen Clenze und Lüchow nicht umgesetzt werden konnte. Die Veloroute zwischen Wustrow und Lüchow ist dafür deutlich günstiger geworden.

KTA Carmienieke fragt, zu wie viel Prozent die Velorouten gefördert wurden.

Herr Seifert antwortet, dass die Velorouten zu 90 % gefördert worden seien. Er fährt fort, dass die Monitoring-Maßnahmen Verkehrszählungen an Radfahrtrouten, Nutzungsanalysen der Radabstellanlagen sowie Befragungen zu Testrädern und die Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten umfassten. Die Velorouten zeigten an einigen Standorten teilweise sehr große Steigerungen des Radverkehrs um 138 %, wobei einzelne Zählstellen bis zu 600 % Anstieg verzeichneten. Ausnahmen wie eine 11 %ige Reduktion bei einer Zählstelle Hitzacker-Dannenberg/ Süd seien statistisch nicht signifikant. Die Velorouten R2 und R3 zeigten eine Steigerung um 87 % beziehungsweise 36,5 %.

Vorsitzende Wiehler fragt nach dem Standort der Messstation in Hitzacker Süd.

Herr Seifert antwortet, dass der Standort der Messstation am Ortseingang Pisselberg Richtung Dannenberg lag.

KTA Carmienieke fragt nach absoluten Zahlen zur Nutzungsintensität.

Herr Seifert erklärt, dass relative Werte genutzt werden, da absolute Zahlen durch Wetterbedingungen und saisonale Schwankungen weniger aussagekräftig seien. Spitzenwerte von bis zu 500 Radfahrenden an einer Zählstelle pro Tag wurden gezählt, jedoch müssten statistische Trends zur Glättung herangezogen werden.

KTA Wiegrefe fragt nach den Gründen hinsichtlich der nicht umgesetzten Veloroute zwischen Clenze und Lüchow.

Herr Seifert nennt Fehlplanungen bezüglich des Untergrunds sowie fehlende Mittelverschiebung aus dem Klimatransformations-Fonds als Grund und erwähnt, dass die Samtgemeinde Lüchow die Maßnahme eigenständig fortführen möchte.

KTA Wiegrefe fragt ob auch eine Strecke zwischen Lüchow und Dannenberg in die Planung einbezogen wurde.

Herr Seifert antwortet, dass entlang dieser Strecke ein begleitender Radweg laufe und die Strecke ein Bestandteil des Radverkehrskonzepts sei, was derzeit ausgearbeitet werde.

Er berichtet über drei errichtete Radabstellplätze an Schulen mit insgesamt 244 Abstellplätzen und einem positiven Nutzungstrend.

Beratendes Mitglied Kählert fragt, ob im Rahmen des Radverkehrskonzepts Qualitätskriterien für private Investoren wie Supermärkte und andere Verkehrserzeuger erstellt würden und verweist auf schlechte Abstellplätze an einem neu gebauten Supermarkt in Hitzacker.

Herr Seifert antwortet, dass Abstellanlagen angeschaut würden, sodass Empfehlungen und Bedarfe ausgesprochen werden könnten.

KTA Carmienieke weist darauf hin, dass es schön gewesen wäre, absolute Zahlen in der Vorlage zu erhalten, da er die Prozentsätze als nicht aussagekräftig empfindet.

Herr Seifert geht auf die Nutzung der acht angeschafften Leihräder ein. Die Befragung zu Testrädern zeige, dass 50 % der Nutzer Arbeitsstätten unter 6 km und Einkaufsmöglichkeiten unter 8 km nutzten. Die Kaufabsicht für E-Bikes stieg nach der Leihe, sank jedoch nach einem Jahr. Bei E-Lastenrädern sei die Kaufbereitschaft geringer, vermutlich aufgrund der hohen Preise.

Anschließend präsentiert er die Ergebnisse der Modal-Split-Befragung. Die CO²-Emissionen sanken während der Testphase um 34 % und blieben nach einem Jahr um 6,3 % niedriger.

Die Mobilitätsanalyse zeige, dass der Autoanteil gestiegen sei, während der ÖPNV-Anteil von 5 % auf 8,9 % anstieg. Der Fahrradanteil (inkl. E-Bikes) stieg von nahezu 0 % auf 9,5 %. Er betont den langfristigen Effekt der Testrädernutzung auf das Mobilitätsverhalten.

KTA Hensel fragt, um wie viel Prozent der Fahrrad- und Pedelec-Anteil im Vergleich zu vor fünf Jahren sich verändert habe.

Herr Seifert antwortet, dass es im Vergleich zum Referenzjahr 2018 einen Rückgang beim Fußverkehr von 21 % auf 6 % zu verzeichnen war. Die Nutzung des Fahrrads sei ein Anstieg von 12 % auf 14,4 % gestiegen, unter Berücksichtigung von E-Bikes sei insgesamt ein Anstieg um nochmals 9,5 % zu verzeichnen. Die ÖPNV-Nutzung sei von 5 % auf 8,9 % gestiegen. Er weist daraufhin, dass es sich um das Mobilitätsverhalten an den Wegen handele.

Beratendes Mitglied Ließ fragt, ob in 2018 bereits Messungen durchgeführt wurden.

Herr Seifert verneint dies und gibt an, dass es sich um grundsätzliche Verkehrserhebungsdaten handele. Zwar wurde in 2021 eine detaillierte Erhebung durchgeführt, die Daten seien aber aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht vergleichbar.

KTA Klepper lobt, dass durch die umgesetzten Maßnahmen wie die Schaffung von Fahrradstraßen, der Radverkehr gefördert werde und fordert verstärkte Maßnahmen zur Schulschulung und Elternbeteiligung, um die Fahrradnutzung zu fördern.

Herr Seifert antwortet, dass das schulische Mobilitätsmanagement eines der Aufgabengebiete des KMM sei und im Rahmen der Mobilitätswoche in den Schulen das Thema Mobilität und Sicherheit im Straßenverkehr in Aktionen behandelt worden sowie mit dem Errichten der Radabstellanlagen ein Beitrag geleistet worden sei.

Vorsitzende Wiehler weist auf die Thematik der Verkehrssicherheit in Bezug auf den Radverkehr bei Schülerinnen und Schülern hin und betont die Notwendigkeit, Eltern über die Sicherheit zu informieren, da diese oft entscheidend seien.

KTA Hillmer schlägt ökologische Bildung in Schulen vor, um Jugendliche zu motivieren.

KTA Hensel schlägt Radabstellanlagen an Bushaltestellen vor, um Kombinationen aus Fahrrad und ÖPNV zu ermöglichen.

KTA Carmienieke merkt an, dass die Ausgaben aus dem Projekt nicht zwangsläufig zum Mobilitätswechsel beigetragen hätten, da auch ohne Infrastrukturverbesserungen bundesweit Trends zu mehr Fahrradnutzung beobachtet würden und spricht die geringe Nutzung der Fahrradstraße in Dannenberg an. Er führt an, dass die Umfrage ergeben hätte, dass 10,4 % der Befragten die Bedingungen für das Fahrradfahren als sehr schlecht, 16,8 % als schlecht einstufen, während 28,5 % sie als gut oder sehr gut bewerten und fragt, was mit dem restlichen Prozentsatz sei.

Herr Seifert antwortet, dass sich die übrigen neutral in der Umfrage geäußert hätten.

Frau Dittmer weist daraufhin, dass die Fahrradroute entlang der Marschtorstraße sich aufgrund der Beteiligung ergeben hätte.

Beratendes Mitglied Ließ betont, dass Investitionen in Infrastruktur wie Radwege notwendig seien, um die Fahrradnutzung zu steigern

KTA Flöter erwähnt den Trend zu Pedelecs als Folge der Technologieentwicklung.

Herr Seifert bestätigt, dass 48 % der Befragten nach der Leihe ein E-Bike kauften, was über dem allgemeinen Trend liege.

KTA Siebolds fasst zusammen, dass die Maßnahmen zwar nicht isoliert den Trend erklären, aber einen Beitrag leisten und lobt die Entwicklung.

KTA Carmienieke gibt zu bedenken, dass bei einigen Maßnahmen wie die Aufstellung der Fahrradboxen sich noch zeigen müsse, ob diese ausreichend angenommen werden.

Kenntnis genommen

7.3. Vertrag zur Nutzung einer Kompensationsmaßnahme in der Gemarkung Schaaflhausen mit der Nieders. Landgesellschaft für den Ausbau der Kreisstraße 31 in Höhe von 69.198,86 €	2026/721
--	-----------------

KTA Wiegrefe kritisiert, dass der städtische Vertrag einen fünfmal erhöhten Preis enthalte, wodurch unangemessene Verträge entstünden.

EKR Schermuly erläutert, dass die Kompensationsfläche durch den Erwerb einer Fläche entstehe, deren Bewirtschaftung über 30 Jahre sichergestellt sei. Diese Fläche diene der Kompensation und werde im Rahmen der Naturschutzrahmen bewertet, einschließlich des Quadratmeterpreises. Er vermerkt, dass die Fläche vom Kompensationspool der Niedersächsischen Landgesellschaft verwaltet werde.

Kenntnis genommen

7.4. Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung von zwei VW Caddy Kastenwagen	2026/775
--	-----------------

Kenntnis genommen

7.5. Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung Zapfwellengenerator für die Notstromversorgung	2026/776
---	-----------------

Vorsitzende Wiehler erläutert, dass es sich um eine Beschlussvorlage für den Kreisausschuss handelt.

Kenntnis genommen

7.6. Nachträgliche Unterrichtung: Beschaffung Tankwagen	2026/777
--	-----------------

EKR Schermuly betont, dass die Beschaffung eines Tankwagens zum Zweck der Bewässerung von Bäumen erfolgen sei.

Kenntnis genommen

7.7. Vergabe Machbarkeitsstudie Jeetzeltalbahn	2026/699
---	-----------------

Kenntnis genommen

Anfrage KTA Carmienieke

KTA Carmienieke gibt an, dass ein Fahrradweg zwischen Streetz und Dannenberg geplant sei.

Herr Seifert erläutert, dass der aktuelle Sachstand darin bestehe, dass die Stadtgemeinde und betroffenen Gemeinden in der Landesbehörde für Straßenbau drei Querungstellen der Landstraße identifiziert hätten, die für die Planung geeignet seien. Diese Vorschläge würden nun in die Planung einfließen, um eine

umweltverträgliche Umsetzung zu ermöglichen. Anschließend werde die Planung erneut der Naturschutzbehörde vorgelegt.

Vorsitzende Wiehler kritisiert, dass das dreifache Queren der Straße gefährlicher sei als das einfache Fahren auf der Straße und betont, dass die Planungskosten bereits gezahlt worden seien.

Herr Seifert erklärt, dass die Zuständigkeit für den Geschäftsbereich Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen bei Frau Quickert liege und bietet an, Kontakt zu ihr aufzunehmen, um Klarheit zu schaffen.

Vorsitzende Wiehler erwähnt, dass ein Verwaltungsgebot vorliege, und betont, dass die Planungskosten vorgeschossen worden seien, um Priorität zu erhalten.

Herr Seifert erläutert, dass ein Abkommen zwischen der Stadt Hitzacker, dem Landesbahnwerk und der Landesbehörde für Straßenverkehr bestehe, und dass die Kommunikation auf kommunaler Ebene erfolgen müsse.

Vorsitzende Wiehler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nichtöffentlicher Teil

8. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Vorsitzende Wiehler eröffnet den nicht öffentlichen Teil der Sitzung um 17:31 Uhr.

9. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 18.02.2026

Vorsitzende Wiehler führt die Genehmigung des Protokolls vom 18.02.2026 des nicht öffentlichen Teils durch.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Es lagen keine Mitteilungen, Anfragen oder Kenntnisnahmen vor.

Vorsitzende Wiehler schließt die Sitzung um 17:32 Uhr.

gez. Wiehler

Vorsitzende

gez. Ebbecke

Protokollführung